

Damen und Herren, Täterarbeit bedeutet Opferschutz. Wenn wir es schaffen, daran mitzuwirken, dass Väter ihre Kinder zu Hause nicht mehr schlagen, Männer ihre Frauen zu Hause nicht mehr verprügeln, dann ist das ein wertvoller Beitrag für unsere Gesellschaft.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, wie das Familienbild der CDU aussieht. Ich hoffe, nicht so; davon gehe ich fest aus. Aber bei Ihnen heißt es ja ganz offensichtlich: Hauptsache keine Homo-Ehe.

Auch für das Übergangsmanagement im Jugendarrest brauchen wir Geld. Wir können die Jugendlichen nicht einfach nur wegsperren und anschließend perspektivlos entlassen. Es ist ganz wichtig, dass wir hier rechtzeitig Maßnahmen ergreifen.

Dieser Haushalt für das Jahr 2013 stellt die Weichen für eine effektive, gute Justizpolitik in Nordrhein-Westfalen. Ich bitte daher um Ihre Zustimmung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Kutschaty. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind daher am Schluss der Beratung des Einzelplans 04.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 04. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2104**, den Einzelplan unverändert anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Einzelplan 04 von den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion der Piraten **angenommen** und der **Einzelplan 04 verabschiedet**.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zum

Einzelplan 15 Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

mit den Teilbereichen „Gesundheit, Pflege und Alter“ sowie „Emanzipation“.

Ich möchte noch einen Hinweis geben auf die Beschlussempfehlungen und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2115.

Ich eröffne die Beratung zum

Teilbereich Gesundheit, Pflege und Alter

und erteile dem Kollegen Burkert von der CDU-Fraktion das Wort.

Oskar Burkert (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU – das ist heute schon mehrfach gesagt worden – hat den regierungstragenden Fraktionen einen Vorschlag gemacht, wie Einsparungen und Ergänzungen zum Haushalt 2013 gemeinsam getragen werden können.

Die regierungstragenden Fraktionen haben dies abgelehnt. Ich kann mir als Grund nur vorstellen, dass gewisse Dinge gerade im Einzelplan 15 nicht enthalten sein sollen, zum Beispiel die Mittel für die Ausbildung der Pharmazeutisch-Technischen Assistentinnen.

In diesem Bereich werden 500.000 € gestrichen. Die Ausbildung zur Pharmazeutisch-Technischen Assistentin ist eine zweijährige Schulausbildung, die sich in der Regel nach dem Abschluss der Mittleren Reife anschließt. Diese Ausbildung muss aus eigener Tasche bezahlt werden – Schulgeld aus eigener Tasche! Das sind maximal 375 € – aber nicht pro Semester, nicht pro Jahr, sondern pro Monat. Wenn die Pharmazeutisch-Technischen Assistentinnen ihre Ausbildung und ihr Praktikum beendet haben, erwartet sie ein Einstiegsgehalt von 1.600 € brutto pro Monat. Die Endstufe beträgt 2.400 €, mit keiner Möglichkeit, in einem anderen Beruf eine Weiterbildung zu durchlaufen.

Der Apotheker, der dann Chef dieser Pharmazeutisch-Technischen Assistentinnen ist, erhält seine Ausbildung pro Semester bis zum Abschluss vom Staat gratis, und er wird hinterher nicht gerade Hartz-IV-Empfänger sein. Ich glaube, das weiß jeder.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Ich möchte mit Erlaubnis des Präsidenten aus der Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün zitieren:

„Wir wollen unser Bildungssystem gerechter und leistungsfähiger gestalten. Wir stehen dazu, dass der Zugang zu Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Das Ziel ist die beste Bildung für alle. Zugang zu Bildung und Förderung auf hohem qualitativem Niveau, längeres gemeinsames Lernen in der Schule und ein beitragsfreies und qualitativ hochwertiges Studium sind die Schlüssel für wirtschaftliche Stärke und Zukunftsfähigkeit, für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit.“

Meine Damen und Herren, wo ist die Chancengleichheit? Wo ist die soziale Gerechtigkeit für die Ausbildung der PTAs? – Ich sehe sie nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie bekommen ja nicht mit, was in so mancher unserer Ausschusssitzungen läuft. Hier jedoch hat die Ministerin dem Ganzen noch die Krone aufgesetzt: Am 2. Januar haben bereits alle PTA-Schulen in Nordrhein-Westfalen nicht nur den Hinweis, sondern sogar die Verfügung erhalten, dass sie mit Beginn des Schuljahres 2013/14 kein Geld mehr aus dem Landestopf erhalten werden.

Ich frage mich, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD und Grünen: Wo ist Ihr parlamentarisches Verständnis?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zuerst ist der Haushalt zu beschließen. Das ist das höchste Recht, das diesem Parlament zusteht! Die Ministerin hat dieses Recht missachtet. Der Haushalt ist noch nicht verabschiedet.

(Beifall von der CDU)

Man könnte noch einwenden: Wenn es eine gesetzliche Grundlage gibt, kann man darauf verweisen; aber selbst dieses Gesetz ist noch nicht verabschiedet, durch das man anderen die Möglichkeit der Finanzierung geben will.

Frau Ministerin, wozu brauchen Sie überhaupt noch ein Parlament?! Das ist doch lästig für Sie!

(Beifall von der CDU)

Im letzten Jahr haben wir im Ausbildungsbereich auch schon vor einem Fiasko gestanden. Da wurde vollmundig angekündigt: Jeder Ausbildungsplatz in der Pflege wird finanziert.

(Ministerin Barbara Steffens: Das hat Laumann angekündigt!)

– Sie haben das doch mehrmals angekündigt, Frau Ministerin! Dazu können Sie ja gleich Stellung beziehen.

(Ministerin Barbara Steffens: Das ist ein Witz!)

Und was ist passiert? – Die gute Dame hat den Seminaren geschrieben: Die Finanzierung ist beendet. Alle, die seit dem 1. September im Seminar sind, können nach Hause gehen.

(Ministerin Barbara Steffens: Das stimmt doch gar nicht! Unverschämtheit!)

Der Druck, für den wir und auch die Öffentlichkeit gesorgt haben, hat dazu geführt, dass die Ministerin dann doch noch Möglichkeiten für eine Finanzierung gefunden hat. Frau Ministerin, Ihre Pflegeausbildung war zu kurzfristig.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

Oskar Burkert (CDU): Waren das zehn Minuten?

(Zuruf von den GRÜNEN: Das waren zwölf!)

Ich denke zehn, Herr Präsident.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Entschuldigung, das war nicht umgestellt.

Oskar Burkert (CDU): Es fängt jetzt bei 5 Minuten wieder an. Die habe ich noch.

Frau Ministerin, bei der Pflegeausbildung waren Sie zu kurzfristig. Ihnen fehlte der Weitblick für eine vernünftige Pflegeausbildung.

Der nächste Punkt ist die Qualität der ärztlichen Versorgung auf dem Lande. Wir sehen heute, dass in den nächsten Jahren die Katastrophe in den ländlichen Bereichen eintritt. Wir werden da keine ärztliche Versorgung mehr haben. Wir haben heute schon Probleme, Stellen, die frei werden, im ländlichen Raum zu besetzen. Was tun Sie? Sie haben die Chance, in diesem Jahr, in dem wir den doppelten Abiturjahrgang haben, mehr Studienplätze zu schaffen, damit mehr Mediziner die Ausbildung beginnen. Was tun Sie? Sie richten nicht einen einzigen zusätzlichen Medizin-Studienplatz ein.

(Beifall von der CDU – Angela Lück [SPD]: Das ist doch längst geschaffen!)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns zwar noch in der Beratung des Krankenhausbedarfsplans. Zu den Forderungen, die in diesem Plan vorhanden sind, mit Intensiv-Betten etc.: Ich höre heute schon aus dem Lande, dass vor allem kleinere Krankenhäuser in der Fläche, die als Allgemein Krankenhaus notwendig für die Erstversorgung sind, heute zittern, weil sie die Bedarfe nicht erfüllen können.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Frau Ministerin, ich frage Sie: Gibt es demnächst in Nordrhein-Westfalen eine Drei-Klassen-Gesellschaft in der Medizin? Die Einen, die gar nichts bekommen, die Zweiten, die das Notwendigste bekommen, und die Anderen, die alles haben? Es zeichnet sich bereits ab, dass selbst in Großstädten Versorgungsengpässe entstehen. Köln-Chorweiler lässt grüßen: nur noch ein Arzt. Wie lange der noch vorhanden ist, können wir auszählen. Diese Zahlen sind festgeschrieben.

Meine Damen und Herren, wenn ich schon von einer Mehr-Klassen-Medizin spreche, dann wurmt mich eines ganz besonders: Jeder konnte vor einigen Wochen und Monaten in „Westpol“ – das ist mit Sicherheit kein Sender, der für die CDU spricht – deutlich hören, wie es mit der Früh-Reha ist.

Sie haben auf unsere Anfrage sehr deutlich gesagt: Alles in Ordnung, alles wird versorgt, bestens aufgestellt.

(Ministerin Barbara Steffens: Genau!)

Frau Ministerin, wir haben hier ein Gutachten von IGES, das Sie selber mit angefordert haben, vorliegen. Ich erlaube mir mit Erlaubnis des Präsidenten, aus diesem Gutachten zu zitieren.

Die Bedarfsschätzung ergab für Nordrhein-Westfalen eine deutliche rechnerische Versorgungslücke im Bereich der neurologisch-neurochirurgischen und Früh-Reha in Phase B. Im Jahre 2010 wurden in Nordrhein-Westfalen rund 1.500 Fälle in der NNCAFR behandelt. Im Unterschied dazu ergeben die Schätzungen einen Bedarf von 13.562 Behandlungsfällen. Für die geschätzten Fälle errechnet sich ein Bedarf in der NNCAFR von zusätzlichen 1.335 Betten. Nordrhein-Westfalen steht am Ende dieser Skala.

Ich frage mich, Frau Ministerin, wie Sie uns damals mitteilen konnten, es sei alles bestens.

(Beifall von Nicolaus Kern [PIRATEN])

Gestern konnte man in einer Veranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft Neurorehabilitation NRW auch ein Zitat von Prof. Schönle hören. Da Vertreter aus Ihrem Hause da waren, können sie Ihnen dieses auch berichten. Er sagte: Da es zwei Häuser in Nordrhein-Westfalen im südlichen Rheinland gibt, sagte er zu dem anderen Teil Nordrhein-Westfalens, Westfalen-Lippe:

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Reha-Wüste Westfalen. Ich glaube, dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Frau Ministerin, ich kann Ihnen nur raten: Bewegen Sie sich, damit die Versorgungslücke in Nordrhein-Westfalen nicht entsteht! Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben genau das gleiche Versorgungsrecht wie alle anderen in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Kollege Burkert. – Wir stellen jetzt die Uhr schnell korrekt auf zehn Minuten um. – Wir haben ein technisches Problem, ich bitte um etwas Geduld. Wir hatten auf fünf Minuten eingestellt, es waren jetzt aber zehn Minuten zu reden. Nicht alle wie Herr Burkert schaffen neun Minuten 42 Sekunden, was einen Applaus wert ist.

(Beifall)

Wir können jetzt in der Debatte fortfahren. – Ich rufe für die SPD Frau Kollegin Lück ans Pult.

Angela Lück (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Burkert, Sie haben sehr aufgeregt aus unserem Koalitionsvertrag zitiert – lang und ausgiebig. Sie haben aus der

Broschüre der Veranstaltung, die wir beide gestern besucht haben, ebenfalls lang und ausgiebig zitiert. Das war sehr erfrischend, aber auch sehr einseitig.

Im Haushalt, den wir heute mit dem Einzelplan zu verabschieden haben, haben Sie sehr wenig Einsparpotenziale gesehen. Sie sagen einfach nur, wir müssten die 400.000 € für die Patientenbeauftragte bei uns in Nordrhein-Westfalen einsparen. Das ist schon ein guter Brocken. Das würde uns in Nordrhein-Westfalen voranbringen.

Ich kann Ihnen da nur widersprechen, weil die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung und die Zusammenarbeit mit der Patientenbeauftragten und ihrem Büro für unsere Patienten in Nordrhein-Westfalen eine positive Auswirkung haben, weil diese Stelle gerade im Spannungsfeld zwischen der Struktur im Gesundheitswesen und den Bedarfen der Patientinnen und Patienten auch vermittelnd und für die Patienten zur Orientierung, zur Unterstützung und Hilfe sehr wichtig ist.

Frau Dr. Lehmann mit den drei regionalen Beratungsstellen macht eine gute Arbeit. Es ist kontraproduktiv, zu sagen, wir könnten das auf Landesebene streichen, weil es eine Bundespatientenbeauftragte gibt. Zu sagen, das würde ausreichen und wir könnten es in Nordrhein-Westfalen auf null fahren, ist destruktiv.

Sie arbeiten sich auch sehr an der PTA-Ausbildung ab, die wir in Nordrhein-Westfalen nicht mehr finanzieren wollen. Wir haben darüber im Januar in der Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Gesundheit mit den Apothekerkammern ausgiebig diskutiert.

Ich stelle fest: Wenn der Landeszuschuss wegfällt, könnte das durch einen Ausgleich von 250 bis 290 € jährlich pro Apotheke in Nordrhein-Westfalen locker ausgeglichen werden. Dies ist kein Grund, dass Sie hier das Schreckensszenario an die Wand malen, im PTA-Bereich in Nordrhein-Westfalen würde keine Ausbildung mehr stattfinden können.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich machen, dass wir in Nordrhein-Westfalen gerade bei der Ausbildung der nichtärztlichen Heilberufe bundesweit an führender Position stehen. Andere Bundesländer sehen da sehr neidisch auf uns. Sie haben das ein bisschen durcheinandergebracht, als Sie unseren Koalitionsvertrag zitierten. Es ging darum, dass wir in Bildung investieren wollen. Das ist richtig, es gibt aber natürlich kleine Unterschiede zwischen der Bildung in der Schule und der Ausbildung. Wir haben da mehrere Systeme. Es macht auch keinen Sinn, die PTA-Ausbildung weiterhin als einzige Ausbildung im Heilberufesektor zu unterstützen und alle anderen nicht. Das weckt Bedarfe. Es würde mich interessieren, welche Finanzierungsmöglichkeiten Sie sehen, wenn wir nicht nur die PTA-Ausbildung weiterführen, sondern auch noch die Begehrlichkeiten der anderen Heilberufe

mit berücksichtigen wollen. Das machen Sie uns doch bitte einmal klar.

Sie sprechen immer vom Sparen. Wir sind schon ganz froh, dass sich da ein bisschen verändert hat. Zum Sparen aufzurufen, war immer Ihr Credo im Land. Sie haben aber nie gesagt, wo es denn passieren soll. Nun hat der geschätzte Kollege Laumann in der Debatte zum Landeshaushalt eine neue Strategie herausgegeben. Er hat diese, an die Adresse der Landesregierung gerichtet, deutlich gemacht. Ich zitiere: „Von irgendwem müssen Sie Opfer verlangen. Sie müssen es aber klar und deutlich sagen, mit den Menschen erörtern, und dann müssen Sie tun, was Sie sagen.“

Das machen wir. Wir haben das bewiesen, und das werden wir so weiterführen. Es ist nicht zielführend, wenn Sie als Opposition hier Dinge durcheinanderbringen. Damit torpedieren Sie den Gesundheitshaushalt, in dem es viele Herausforderungen gibt. Die finanzielle Rückbildung im Haushalt und im Einzelplan können Sie dann nachlesen.

Ich wünsche mir, dass Sie das unterstützen und dem Einzelplan zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Lück. – Für die FDP spricht nun Frau Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die gesundheitliche Prävention gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Gesundheitspolitik der Bundesländer. Aus liberaler Sicht gelingt sie allerdings nur, wenn die Menschen rational mit treffenden und stichhaltigen Argumenten überzeugt werden – und nicht, indem man versucht, sie zu ihrem Glück zu zwingen. Das novellierte Nichtraucherschutzgesetz, das Ende November verabschiedet wurde und ab dem 1. Mai dieses Jahres gelten wird, ist für eine gute Präventionspolitik ein überaus schlechtes Beispiel.

Der wirksame Schutz vor dem Passivrauchen ist unbestritten richtig. Mit dieser Gesetzesänderung aber wird die Prävention als Rechtfertigung und vor allem als Instrument einer rigorosen Bevormundungspolitik benutzt, die weit in den privaten Bereich hineinreicht und Raucherinnen und Raucher diskriminiert. Es wäre deshalb mehr als angebracht, wenn die Landesregierung ein anderes Verständnis von Prävention entwickeln würde. Zu tun gibt es genug, zum Beispiel bei der Verhinderung des sogenannten Komasaufens, und zwar von Jugendlichen und Erwachsenen gleichermaßen. Appelle und Aufklärung über Risiken reichen hier nicht aus. Hier müssen wir stärker an den Ursachen ansetzen, um das Abgleiten in eine echte Sucht zu vermeiden. Dabei sind im gesamten Bereich der Sucht- und

Drogenpolitik geschlechtsspezifische Unterschiede besonders zu berücksichtigen.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, eine Mammutaufgabe für die nächste Zeit wird die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Angebotes in der stationären Versorgung sein, und zwar quantitativ wie qualitativ. Die Zukunftsfähigkeit der vorhandenen guten Strukturen wird nicht zuletzt davon abhängen, dass die Vernetzung von ambulanten, teilstationären und stationären Angeboten verbessert und der Ausbau von teuren Doppelstrukturen vermieden wird. Zugleich muss die Versorgung in der Fläche gerade auch im ländlichen Raum sichergestellt werden.

Der in diesem Zusammenhang kürzlich vorgelegte Krankenhausplan der Landesregierung sorgte in vielen Bereichen bereits für Irritationen. Es ist gut und aus Sicht der Patienten auch unbedingt notwendig, auf Qualität zu achten und dabei die demografische Entwicklung zu berücksichtigen. Die Maßstäbe für diese Qualität müssen aber nachvollziehbar und praktikabel sein. Ministerin Steffens darf es sich nicht zu einfach machen. Wir sollten uns hier auch überlegen, wie Strukturen dauerhaft verschlankt werden können. Ganz konkret wäre es beispielsweise überlegenswert, ob wir uns künftig weiterhin neun Transplantationszentren in NRW leisten können und wollen.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, nun zu den Rechten der Patienten. Ich freue mich über das Patientenrechtegesetz der Bundesregierung; denn zum ersten Mal werden die rechtlichen Regelungen gebündelt und in wesentlichen Bereichen weiterentwickelt.

Es ist erfreulich, dass der Bundesrat dies genauso sieht und seine Zustimmung erteilt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Patienten in Nordrhein-Westfalen Hilfe benötigen, Fragen oder Beratungsbedarf haben, können Sie sich wenden an ihren Hausarzt, die Fachärzte, die Krankenkassen, die Unabhängige Patientenberatung Deutschlands, die Patientenberatung der Verbraucherzentrale NRW, das Medizinrechtsberatungsnetz der Stiftung Gesundheit, die BundesArbeitsGemeinschaft der PatientenInnenstellen, die Johanniter, das DRK, diverse Patientennetzwerke, den Patientenbeauftragten der Bundesregierung und so weiter und so fort.

Frau Ministerin Steffens meinte aber offenbar, mit der zusätzlichen Stelle einer Patientenbeauftragten für NRW noch eins draufsetzen zu müssen. Mein Eindruck ist, dass es sich hierbei primär um kostspielige Symbolpolitik handelt. Es handelt sich um ein Prestigeobjekt, das von den Patienten kaum oder fast gar nicht beansprucht wird. Von Mai bis September hatte die Patientenbeauftragte 200 Patientenkontakte. Auf zwölf Monate hochgerechnet, entspräche dies 480 Anfragen. Diese

Einrichtung kostet die Bürger in unserem Land 400.000 € pro Jahr, was im Endeffekt 833 € pro Kontakt gleichkäme. Das ist unverhältnismäßig und nicht vermittelbar. Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, wenn unsere Landärzte 833 € pro Patientenkontakt bekämen, würde uns sicher kein Ärztemangel drohen.

Eine besondere Herausforderung für die nächsten Jahre besteht, wie schon angedeutet, in der Vermeidung eines Ärztemangels sowie der Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung. Das ist zuallererst Aufgabe der Selbstverwaltung, also der kassenärztlichen Vereinigungen. Zu Zeiten der schwarz-gelben Regierung haben wir jedoch flankierend ein Landesprogramm aufgelegt, um frühzeitig einen unterstützenden Beitrag zu leisten.

Und was tut die Landesregierung? – Seit dem 1. Januar 2012 gilt das Versorgungsstrukturgesetz. Die Bundesregierung hat damit einen bedeutsamen Beitrag geleistet, um gerade im ländlichen Raum die Voraussetzungen für den Erhalt eines angemessenen Angebots an Arztpraxen zu schaffen. So werden Ärztinnen und Ärzte, die zu einer Tätigkeit in unterversorgten Gebieten bereit sind, von der Mengengrenzung ausgenommen und können Preiszuschläge für besonders förderungswürdige Leistungen vereinbaren. Auch die Aufhebung der sogenannten Residenzpflicht ist ein wichtiges Signal.

Klar ist, dass es eines ganzen Bündels an Maßnahmen bedarf, um junge Ärzte für eine Tätigkeit auf dem Land zu erwärmen. Zu den wichtigsten Ursachen für den Mangel gehören neben der demografischen Entwicklung die belastenden Arbeitsbedingungen und die bislang schwierige Vereinbarkeit und Familie und Beruf.

Gerade der Gesundheits- und Pflegebereich ist aufgrund des hohen Frauenanteils in besonderer Weise betroffen. Die FDP hat deshalb in der letzten Wahlperiode Vorschläge erarbeitet, um die Familienfreundlichkeit in den nordrhein-westfälischen Krankenhäusern zu optimieren. Das betrifft sowohl die Betreuung von Kindern als auch die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen. – Und was tut die Landesregierung an dieser Stelle?

Doch auch andere Berufsgruppen im Gesundheitswesen verdienen eine größere Aufmerksamkeit. Aber ausgerechnet die zukünftigen Pharmazeutisch-Technischen Assistentinnen lässt die Landesregierung im Regen stehen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum sich die Landesregierung aus der Förderung der PTA-Ausbildung zurückzieht,

(Angela Lück [SPD]: Immer noch nicht?)

aber kein Problem damit hat, die Studienbeiträge – auch für angehende Ärzte und Apotheker – publikumswirksam abzuschaffen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Bedenklich ist das Verhalten auch, weil der Beruf der PTA gerade für junge Frauen besonders attraktiv ist. Hier könnte Ministerin Steffens beweisen, dass sie eine wahrhaft geschlechtergerechte Politik vertritt, und das geplante Auslaufen der Mittel zurücknehmen.

Der FDP-Landtagsfraktion ist es besonders wichtig, dass alle Patientinnen und Patienten die Behandlung erhalten, die ihnen zusteht, ihrer Gesundheit dient und ihre Lebensqualität steigert. Dies wird aber nicht nur durch immer neue Gesetze sichergestellt, sondern auch durch die konsequente Umsetzung bestehender Regelungen und Vereinbarungen. Aus diesem Grund hat die FDP sich des Problems der Kostenübernahme bei der Inanspruchnahme von Leistungen der Kinderhospize in Nordrhein-Westfalen angenommen und hierzu einen Antrag vorgelegt. Bei der Plenardebatte Ende Januar zu diesem Antrag war ich jedoch überrascht, als Ministerin Steffens mitteilte, Finanzierungsschwierigkeiten seien ihr nicht bekannt.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, der Antrag der FDP-Fraktion lag Ihnen allen seit Anfang Dezember vor. Ich hätte es außerordentlich begrüßt, wenn die Ministerin daraufhin das Gespräch mit den Mitarbeitern der Kinderhospize gesucht hätte,

(Ministerin Barbara Steffens: Hat sie auch!)

zumal eine der vier Einrichtungen hier in Düsseldorf beheimatet ist.

Die FDP-Fraktion steht im Kontakt mit den Hospizen und deren Mitarbeitern. Wir wollen dafür sorgen, dass die Lebensqualität schwerkranker Kinder und ihrer Familien verbessert wird. Ich bin optimistisch, dass wir in diesem besonders sensiblen Politikbereich über die Fraktionsgrenzen hinweg eine Lösung finden werden.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, im vorliegenden Haushalt finden sich leider immer noch überflüssige Lieblingsspielzeuge. Einen wirklichen, sinnvollen Sparwillen können wir nicht erkennen. Die FDP-Fraktion wird diesem Einzelplan deshalb nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schneider. – Nun spricht für die Grünen-Fraktion Herr Kollege Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Obwohl zu diesem Einzelplan 15 sehr selektive und unterschiedliche Wahrnehmungen bestehen, kann ich sagen: Dieser Einzelplan ermöglicht es uns, in der Gesundheitspolitik sowie der Alten- und Pflegepolitik einen Paradigmenwechsel vorzunehmen, besonders in der Altenpflegeausbildung.

Wie schon in den vergangenen Jahren geht es in diesem Haushaltstitel unter anderem darum, Maßnahmen zur Sicherung einer ortsnahen gesundheitlichen Versorgung zu gewährleisten, die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung für die Menschen, die vom bestehenden Gesundheitssystem bislang nur unzureichend erreicht werden können, zu ermöglichen. Es geht um die Stärkung der Gesundheitsprävention, die Aidshilfe und die Drogenhilfe, die Verbesserung der psychosozialen Versorgung von Kindern und Jugendlichen sowie den Ausbau neuer Wohn- und Pflegeformen in der Altenpflege und die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in der Altenpflege.

Ich werde auf einzelne Aspekte eingehen und die Oppositionsparteien bitten, die Zahlen in diesen Bereichen ein bisschen objektiver zu lesen:

Wir haben bereits in den vergangenen Jahren mit der Wiedereinführung des Umlageverfahrens zur Finanzierung der Altenpflegeausbildung eine wichtige Grundlage dafür geschaffen, dass es in den Pflegeeinrichtungen genügend zusätzliche Ausbildungsplätze gibt. An den Fachseminaren haben wir schon in den beiden vergangenen Jahren die Ausbildungszahlen kontinuierlich erhöht. Das haben wir im Gesundheitsausschuss ausführlich diskutiert.

Während die Anzahl landesgeförderter Pflegeausbildungsplätze 2010 nur 8.700 betrug, konnten wir die Zahl der Ausbildungsplätze in der Altenpflege Ende des letzten Jahres sogar auf rund 12.200 erhöhen. Angesichts der demografischen Entwicklung und des damit verbundenen Pflegebedarfs müssen wir in diesen Bereich natürlich weiter investieren.

Dieser Haushalt 2013 sieht deshalb eine einmalige Aufstockung um rund 16,4 Millionen € vor, um die Förderung aller beantragten Schulplätze in der Altenpflegefachkräfteausbildung zu finanzieren. Was es daran zu kritisieren gibt, habe ich – Entschuldigung – nicht verstanden. Mit den zusätzlichen Mitteln können nach Verabschiedung des Haushalts rund 3.000 weitere Ausbildungsplätze eingerichtet werden, sodass wir Ende des Halbjahres bis zu 15.300 Ausbildungsplätze in der Altenpflege haben werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Menschen, die auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind, müssen auch weiterhin selbstbestimmt in ihrem vertrauten Wohnumfeld leben können. Hierzu wollen wir die Angebote weiter ausbauen. Wir werden deshalb die Entwicklung von Quartierkonzepten, mit denen auch für die Menschen, die auf eine Unterstützung angewiesen sind, eine Versorgungssicherheit in den Wohnquartieren geschaffen werden kann, weiter befördern.

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Wir wollen damit dem weiteren Ausbau größerer stationärer Einrichtungen etwas entgegensetzen

und einen Paradigmenwechsel in der Pflege einleiten.

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Dies trägt auch dem Wunsch vieler Menschen Rechnung, bei Pflegebedarf im vertrauten Wohnumfeld weiter leben zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Sicherung der wohnortnahen Gesundheitsversorgung ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Gesundheitspolitik. Sie ist insbesondere für wenig mobile Personen wie ältere Menschen und Kinder von Bedeutung. Vor allem im ländlichen Raum – dies haben Sie erwähnt –, aber auch in einigen städtischen Gebieten fehlt es schon heute an Haus- und Fachärzten und -ärztinnen. Zur Sicherung der medizinischen Versorgung in unterversorgten Gebieten haben wir neben anderen Maßnahmen nochmals 2,5 Millionen € bereitgestellt. Hiermit sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die hausärztliche und fachärztliche Versorgung in ländlichen und unterversorgten Gebieten sicherzustellen.

Ein weiteres Ziel ist der Ausbau der Gemeindepsychiatrie und die Sicherstellung der wohnortnahen Versorgungsstrukturen, die an den Bedürfnissen der psychisch erkrankten Menschen ausgerichtet ist. Dabei geht es um die Vernetzung der Hilfen, die den Menschen ein weitgehend eigenständiges und sozial integriertes Leben ermöglichen. Einen Schwerpunkt legen wir dabei auf die Verbesserung der psychosozialen Hilfen für Kinder und Jugendliche. Hiermit wollen wir erreichen, dass die seelische Gesundheit junger Menschen gestärkt und den psychischen Störungen frühzeitig entgegengewirkt wird. Schließlich haben wir auch für die ambulante Nachsorge von forensischen Patientinnen und Patienten zusätzlich 850 Millionen € bereitgestellt, sodass im Kapitel 15 300 über 3,35 Millionen € zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, wie schon in den vergangenen Jahren sind auch im Haushalt 2013 über 4,5 Millionen € für die Aidsprävention vorgesehen. Mit diesen zusätzlichen Geldern, die wir auch 2010 bereitgestellt haben, wollen wir insbesondere Maßnahmen und zielgruppenspezifische Angebote für junge Menschen, für Frauen und Männer und Menschen mit Migrationshintergrund entwickeln und unterstützen, also die Zielgruppen erreichen, die bis jetzt mit Präventionsmaßnahmen nicht erreicht wurden. Wir werden mit diesen Geldern auch zielgruppenspezifische Aidsprojekte unterstützen.

Gleiches gilt für die Sucht- und Drogenhilfe. Auch hier werden Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 12,4 Millionen € – das ist die gleiche Summe wie in den vergangenen Jahren – bereitgestellt. Wir halten es für notwendig, Suchthilfeangebote zu fördern, die auch auf die unterschiedlichen Bedarfe von Frauen, Männern und Jugendlichen ausgerichtet sind. Des-

halb haben wir als rot-grüne Landesregierung erneut eine Landeskoordinierungsstelle Sucht und Frauen eingerichtet.

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Haushaltsentwurf haben wir in einer finanziell wirklich schwierigen Zeit den Rahmen für eine engagierte Gesundheits-, Alten- und Pflegepolitik gelegt. Deshalb werden wir diesen Einzelplan unterstützen, und wir bitten auch Sie, diesem Haushalt zuzustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ünal. – Nun spricht für die Fraktion der Piraten Herr Kollege Lamla.

Lukas Lamla (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In meiner letzten Rede zum Gesundheitshaushalt 2012 habe ich Ihnen die Geschichte von Frau Koch erzählt; vielleicht erinnern sich einige von Ihnen noch daran. Frau Koch ist die Mutter eines unserer Mitarbeiter, lebt in einer Altenpflegeeinrichtung und ist dement.

Ich möchte die Geschichte jetzt nicht überstrapazieren, aber Frau Koch hat einen Pfleger, der gelernter Kinderpfleger und auch Altenpfleger ist. Außerdem ist er aktiver Blogger. Das ist ganz interessant. Denn dies ermöglicht uns den direkten Einblick in sein Arbeitsumfeld. Ich denke, es ist an dieser Stelle tatsächlich angebracht, mal aus seinem Blog zu zitieren. Denn kaum jemand kann die Probleme in diesem Sektor besser beschreiben als die Betroffenen selbst. Ich hoffe, ich verstoße damit nicht gegen das Leistungsschutzrecht oder Dergleichen.

Herr Frustig schreibt in der Ich-Form – seien Sie insofern bitte nicht verwirrt –:

Doppeldienste. Tagelanges Durcharbeiten ohne frei. Hetzen über die Flure, und das im Dreischichtensystem. Immer die zermürende Frage im Hinterkopf: Bekomme ich die Arbeit heute geschafft? Mein Arbeitgeber hat sogar verlangt, dass ich mir einen Anrufbeantworter anschaffe, damit ich ständig erreichbar bin. Das heißt: Habe ich mal ein freies Wochenende, so muss ich meinem Arbeitgeber die Möglichkeit bieten, doch zum Wochenenddienst zu kommen. Und das ist auch so passiert. Wenn ich an einem freien Wochenende ans Telefon gegangen bin, dann war es vorbei. Dann war das Wochenende vorbei. Die Zeit für mich und meine Kinder konnte ich nicht mehr in Anspruch nehmen. Das Ende vom Lied war Streit in der Familie, Streit mit der Frau bis hin zu Trennungsreden.

Schlimm an dieser Einspringerei am Wochenende sind auch die Schichteneinteilungen: samstags

Spätdienst bis 22 Uhr und am Sonntag Frühdienstbeginn offiziell um 6:30 Uhr. Da man am Wochenende nur mit zwei Pflegekräften arbeitet, bedeutet das, dass man eine Stunde früher kommen muss. Das heißt, Ende 22 Uhr und der nächste Frühdienst beginnt im schlimmsten Fall um 5:30 Uhr. Von Arbeitsschutzgesetz und Ruhezeiten keine Spur.

Zitat Ende

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das geht überhaupt nicht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alle Bemühungen und Lippenbekenntnisse der Landesregierung, die Situation in der Pflege in den Griff zu bekommen, laufen gerade scheinbar ins Leere. Die Probleme sind weitreichend und auch sehr komplex; das muss man zugestehen. Renditeorientierte Personalführung im Pflegebereich scheint eines der Hauptprobleme zu sein. Anerkennung und Wertschätzung von Pflegekräften sollten viel stärker ein Thema sein als je zuvor. Es reicht nicht, nur ein bisschen Geld in die Ausbildung von Pflegekräften zu investieren, es ist vor allem notwendig, die akuten Probleme von heute mit enormer Entschlossenheit anzugehen, damit sie nicht in eine Katastrophe von morgen münden.

Herr Frustig hat auch – das kann man schön nachlesen – überlegt, wieder in die Kinderkrankenpflege zu wechseln und sich dort zu bewerben. Aber es ist hinlänglich bekannt, dass es auch im Bereich der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen Probleme gibt; denn in den letzten fünf bis zehn Jahren hat sich die Situation bundesweit und auch in NRW verschlechtert. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass ein dramatischer Anstieg von somatischen und psychischen Störungen, Störungen der Emotionalität, des Sozialverhaltens und der motorischen Leistungsfähigkeit stattfindet. Von der Landesregierung kommt, nun ja, mal hier eine Pressemitteilung, mal da ein Versprechen auf einer Podiumsdiskussion; aber sonst herrscht bei ihr irgendwie Ratlosigkeit.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ratloser als Sie können wir nicht werden!)

Natürlich ist es am besten, erst überhaupt nicht krank zu werden. Sollte es allerdings doch einmal passieren, ist es wichtig, dass ein zuverlässiges und qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem da ist und einen auffängt. Bisher hatten wir das in NRW auch. Zu einem Gesundheitssystem gehören auch der Zugang zu Arzneimitteln und die Arzneimittelsicherheit. Im Haushalt setzt die Landesregierung circa 2 Millionen € für den Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten und weitere 800.000 € für die Ausbildungsförderung von Technisch-Pharmazeutischen Assistenten an – noch! Diese PTAs arbeiten später im Interesse einer guten Gesundheitsversorgung in den Krankenhäusern, in den Apotheken, in der Industrie und sogar

in der Verwaltung und ermöglichen eben die hohe Zuverlässigkeit in diesem Bereich für die Allgemeinheit. Die Landesregierung will jedoch diese Ausbildungsförderung für die PTAs komplett einstellen. Damit würden die Auszubildenden, die im Sinne aller arbeiten, selbst auf ihren Ausbildungskosten sitzen bleiben. Mal ehrlich: Was soll das, wieso werden überhaupt solche Ideen geäußert?

In der Vergangenheit hat Frau Ministerin Steffens auf die Wichtigkeit der Arzneimittelsicherheit für den Patienten hingewiesen. Die Gefahr unerwünschter Neben- und Wechselwirkungen bei gleichzeitiger Einnahme mehrere Medikamente hat das Ministerium erkannt. Das ist gut, und das halte ich für sehr unterstützenswert. Frau Ministerin hat als treibende Kraft auch den Wirtschaftsstandort NRW für die technischen Innovationen im Bereich der modernen Medizin immer wieder hervorgehoben. Daran ist auch nichts auszusetzen. Aber mal ganz ehrlich: Ich zweifle ein bisschen an der Glaubwürdigkeit von Frau Ministerin, wenn sie im selben Atemzug esoterische Heilverfahren und medizinische Lehren unterstützt, deren Wirksamkeit noch nicht einmal wissenschaftlich belegt ist. Frau Ministerin, Homöopathie ist unterlassene Hilfeleistung.

(Beifall von den PIRATEN)

Wie wollen Sie das Vertrauen der Bürger erlangen, wenn Sie mit solchen Gedanken an die Öffentlichkeit gehen? Das verstehe ich einfach nicht; das ist ein Riesenfehler.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in nächster Zeit werden wir im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales noch die Anhörung zum Krankenhausrahmenplan haben. Die neuen Qualitätskriterien des Krankenhausrahmenplans basieren auf Leitlinien unsere Empfehlungen von einzelnen medizinischen Fachgesellschaften. Die Auswirkungen dieser Vorgehensweise sind allerdings nicht wirklich bekannt. Also könnte beispielsweise Folgendes passieren: Eine Klinik im ländlich geprägten Raum, die bisher nur drei Intensivbetten vorgehalten hat, weil eben auf dem Land ein größerer Bedarf nicht da ist, muss, um die neuen Qualitätskriterien zu erfüllen, in Zukunft acht Betten vorhalten. Wer bezahlt die Vorhaltekosten für die unbenutzten Betten? Ich weiß nicht, was passiert, wenn eine Abteilung nicht mehr wirtschaftlich arbeitet; das weiß niemand so richtig. Mit vielen solcher diffusen Ideen haben wir es dort zu tun. Ich hoffe, dass wir nach den Anhörungen entsprechend die Kurve kriegen.

Noch einmal zurück zu dem Blog-Eintrag von Herrn Frustig: Vergleicht man die Worte der Landesregierung zum Haushalt 2012 mit den Taten zum Haushalt 2013, kann sich jeder eigentlich selbst ein Urteil fällen: Viel Bewegung ist da nicht zu erkennen; aber ich hoffe stark, dass der Druck von außen irgendwann so groß wird, dass sich die regierenden Parteien endlich bewegen müssen.

Meine Damen, meine Herren, liebe Frau Ministerin, es ist eigentlich gar nicht meine Art, alles schlechtzureden; denn irgendwie sitzen wir alle hier in einem Boot und haben Verantwortung für Millionen von Menschen in diesem Land. Aber in nicht allzu weiter Ferne sehe ich tatsächlich einen Eisberg immer näher an uns herankommen. Ich hoffe wirklich inständig, dass wir es gemeinsam schaffen, den Kurs zu ändern, um eine Kollision zu vermeiden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Nun spricht für die Landesregierung die Ministerin, Frau Steffens.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will einmal mit dem Thema anfangen, das jetzt viele von Ihnen angesprochen haben, nämlich der PTA-Ausbildung und der Einstellung der Finanzierung des Landes. Als Erstes einmal zu Ihnen, Herr Burkert: Wenn Sie sich so schrecklich viele Sorgen um die PTAs in der Vergangenheit gemacht hätten, als Sie in der Regierung waren, hätten Sie eigentlich dafür sorgen müssen, dass alle Schulen mitfinanziert werden. Dazu muss gesagt werden, dass das Land ja nur einen bestimmten Kostensatz bezahlt, nämlich bis zu 73 €. In der Zeit, in der Sie in der Landesregierung waren, ist in vielen Schulen wie in Köln das Schulgeld von 235 auf 305 € gestiegen. Dazu haben Sie nichts gesagt; Sie haben auch nicht den Landesanteil erhöht. Auch die zwei Schulen in Nordrhein-Westfalen, die nicht anderweitig finanziert werden, haben Sie nicht mit in die Finanzierung aufgenommen. Bei den insgesamt 529 Plätzen, die nicht landesfinanziert sind, haben Sie ebenfalls überhaupt nicht thematisiert, dass das sozial ungerecht ist. Auch das nicht finanzierte Schulgeld der Schule in Dortmund von 370 € haben Sie akzeptiert.

Deswegen finde ich, dass man hier ein bisschen ehrlicher miteinander umgehen sollte. Das ist ein Stück weit eine Aufgeregtheit, die Sie machen. Auf der einen Seite fordern Sie, ich solle strukturell Geld einsparen. Auf der anderen Seite regen Sie sich dann, wenn ich etwas vorlege und einen Vorschlag unterbreite, wie es nicht zulasten der Auszubildenden passiert – das werde ich gleich noch näher erläutern –, ganz furchtbar auf, nur um irgendwo einen Fehler in meinem Haushalt zu finden, den Sie kritisieren können. Ich finde das ein Stück weit unfair. Das wissen Sie. Ich werde es auch gleich bei den anderen Punkten noch sagen.

Da ich natürlich nicht möchte, dass von dem Schulgeld von 200 € durchschnittlich die Schüler und Schülerinnen 70 € selbst mehr zahlen müssen, sondern ich es gut fände, hier – ähnlich wie im dualen System – die Arbeitgeber mit heranzuziehen,

haben wir den Vorschlag gemacht, dass die Apotheken ermächtigt werden und die Möglichkeit bekommen, wenn sie wollen, selber den Beitrag zu übernehmen, den jetzt das Land finanziert; denn immerhin arbeitet der größte Teil – weit über 80 %; es sind 87 %, glaube ich – hinterher in den Apotheken. Bei allen Problemen, die unsere Apotheken wegen der Bundespolitik an einer einen oder anderen Stelle haben – darüber können wir gerne reden –, geht es ihnen trotzdem nicht in der Fläche überall schlecht. Wenn es pro Apotheke in Nordrhein-Westfalen ein Bruttobetrag von 24 € im Monat ist, die die Apotheken anteilig mit finanzieren sollen, damit sie hinterher Fachkräfte einstellen können, finde ich das für die Apotheken durchaus verkraftbar. Das hier als den Untergang der Schulen zu beschreiben, ist auch verdammt unfair.

Hinzu kommt Folgendes: Wir streichen nicht im Jahr 2013 die gesamte Finanzierung, sondern wir haben in 2013 nur gesagt, dass wir ein neues Schuljahr nicht finanzieren. Die laufenden Schuljahre werden noch ausfinanziert.

Sie haben mir vorgehalten, ich hätte die Schulen vorher angeschrieben. Ja, Herr Burkert, ich habe die Schulen angeschrieben, bevor der Haushalt verabschiedet ist, und ihnen mitgeteilt, dass wir das beabsichtigen; denn es ist wichtig für die Schulen, dass sie sich darauf einstellen können. Wir haben nicht nur mit den Kammern Gespräche darüber geführt, sondern auch mit einzelnen Schulen darüber gesprochen und ihnen gesagt, dass unser Haushaltsentwurf so aussehen wird. Der Haushalt ist immer eine Ermächtigung. Ich hätte die Mittel auch im Rahmen des Haushalts streichen können, ohne dass das Parlament damit befasst ist; denn der Haushaltsrahmen ist die Ermächtigung. Ich habe versucht, sicherzustellen, dass die Schulen eine Planungsgrundlage haben. Ich sage es einmal andersherum. Hätte ich das nicht gemacht, wären Sie der Erste gewesen, der sich heute hierhin gestellt und kritisiert hätte: Es ist skandalös; die Ministerin hat die Schulen noch nicht einmal informiert, sodass sie eine Lösung finden können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie also die Kirche im Dorf, und lassen Sie uns gemeinsam mit den Apothekern und Apothekerinnen eine Lösung für die Auszubildenden finden; denn letztendlich geht es darum, dass der Berufsstand gesichert ist.

Der nächste Punkt, bei dem Sie eben herumgemäkelt und wieder kritisiert haben, obwohl wir auch das im Ausschuss breit diskutiert haben, ist die Altenpflegeausbildung. Wie ich im Ausschuss deutlich gesagt habe, hatten wir im letzten Jahr das „Problem“, dass plötzlich mehr Auszubildende gefunden worden sind, nachdem wir die Umlage eingeführt hatten, als selbst wir für möglich gehalten hatten. Nachdem alle Träger uns gesagt hatten, niemand wolle in diese Ausbildung hineingehen, hatten wir

1.500 zusätzliche Plätze eingeplant. Es waren dann über 2.000. Das Geld war im Haushalt nicht etatziert. Das wäre jeder anderen Regierung auch passiert. Was Sie damals gemacht haben, als Herr Laumann gesagt hat, jeder Schüler solle einen Schulplatz bekommen, ging schließlich nur, weil niemand zusätzlich in die Schulen hineingekommen ist; denn es ist keine Pflichtaufgabe. Auch Sie hätten unter Schwarz-Gelb die Schulplätze nicht sicherstellen können. Weil die Altenpflegeausbildung in Nordrhein-Westfalen bisher keine Pflichtaufgabe ist, sondern eine freiwillige Leistung, muss sie vom Haushaltsgesetzgeber, also vom Landtag, auch immer mit Geld hinterlegt werden.

Trotzdem haben wir, so schnell es ging, eine Lösung gefunden, weil wir froh darüber waren, dass wir mehr Schüler und Schülerinnen in Nordrhein-Westfalen für diesen Beruf gewinnen konnten, als es bisher der Fall war.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sollten uns gemeinsam darüber freuen, dass Nordrhein-Westfalen bei der Zahl der Ausbildungsplätze in der Altenpflege an der Spitze liegt und dass wir diesen Zugewinn haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Außerdem versuchen Sie, uns vorzuwerfen, dass wir keine zusätzlichen Studienplätze geschaffen hätten. Svenja Schulze hat für den Doppeljahrgang im Bereich der Medizin zusätzliche Studienplätze geschaffen. Das betrifft allerdings nicht meinen Haushalt, sondern ist in einem anderen Haushalt etatziert.

Dann haben Sie sich über den Krankenhausplan aufgeregt. Auch andere haben den Entwurf, der auf dem Tisch liegt, kritisiert. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir zwei Sachen miteinander verbinden müssen. Zum Ersten benötigen wir einen Krankenhausplan, der eine wohnortnahe und bedarfsgerechte Krankenhauslandschaft stabilisiert. Zum Zweiten brauchen wir in den Krankenhäusern eine entsprechende Qualität, sodass Menschen nicht Angst haben, in Krankenhäuser zu kommen, weil man frei entscheiden darf, wie auch immer die Standards gesetzt werden. Deswegen orientieren wir uns – dazu ist im Landesausschuss eine breite Diskussion erfolgt – an wissenschaftlichen Erkenntnissen und Vorgaben des GBA im Bund. Nur in einem Punkt haben wir Qualitätsstrukturen eingezo-gen, die neu sind, nämlich im Bereich der Geriatrie.

Genauso wie bei allen anderen Punkten haben wir auch da eine ganz breite Unterstützung; denn im Landesausschuss ist das diskutiert und so beschlossen worden. Der Einzige, der an der einen oder anderen Stelle Bedenken hatte – nämlich genau an den Punkten, an denen es um Qualität geht –, war die Krankenhausgesellschaft NRW. Sie hat im Rahmen der Diskussion aber auch nur an einigen Punkten Kri-

tik geübt und in vielen Punkten genau das mitgetragen.

Die Situation wird aber die sein, dass es bei uns eine qualitativ hochwertige Versorgung gibt. Mein Anspruch ist, dass wir eine wohnortnahe Grundversorgung in der Fläche und eine qualitativ hochwertige Spezialisierung haben. In der Fläche muss für jeden Menschen die Versorgung gesichert sein. Es muss aber nicht alles an jeder Stelle präsent sein. Das werden wir mit diesem Krankenhausplan auch gemeinsam so umsetzen müssen.

Der letzte Punkt, den Sie hier kritisch vorgebracht haben, bezieht sich auf die Versorgung von Schlaganfallpatienten. Herr Burkert, Sie haben aus einem Gutachten zitiert, das noch nicht einmal in Gänze vorliegt, sondern nur in der Kurzfassung. Sie haben auch nicht diejenigen zitiert, die genau die entgegengesetzte Position vertreten haben, nämlich zum Beispiel den Bundesverband Geriatrie, den Landesverband Geriatrie NRW und die Deutschen Gesellschaft für Geriatrie, die gestern ein Papier vorgelegt hat. Ihre Vertreter waren auch bei der Veranstaltung anwesend und haben deutlich gemacht, dass sie es für fatal und überhaupt nicht vertretbar halten, hier ein solches Drohszenario zulasten der Patienten und Patientinnen aufzubauen. Das sei in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht der Fall. Vielmehr hätten wir eine adäquate und gute Versorgung. Sie sagen, dieses Positionspapier habe einen verbandspolitischen Charakter. Da müssen Sie sich auch einmal fragen, wer hier welche Interessen hat.

Ich muss die Interessen der Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen vertreten, und das mache ich. Nennen Sie uns die Fälle der Menschen, die unversorgt sind. Diejenigen, die gestern die Veranstaltung durchgeführt haben, können sie uns nicht nennen. Es geht um eine Struktur, die ein Verband für sich sichern möchte, wo Türen geöffnet werden. Das scheint im Vordergrund zu stehen. Zumindest ist das die Vermutung, der Verdacht unterschiedlicher Verbände, die sich positionieren. Wir kennen die unversorgten Fälle nicht.

Ich möchte aber nicht nur auf Ihre Einwendungen eingehen.

Herr Lamla. Sie haben eine Reihe von Punkten aus einem Blog genannt. Ich biete Ihnen an, gerne einmal ins Haus zu kommen, damit wir gemeinsam mit der Pflegeabteilung auseinanderdividieren, was Land und was Bund ist. Hier geht sehr viel durcheinander. Viele Dinge, die Sie angesprochen haben – gerade die Rahmenbedingungen der Pflege –, haben etwas mit der Finanzierung zu tun. Wir Länder haben uns im Bund für die Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs eingesetzt, um zu einer adäquaten Finanzierung der Pflegekräfte zu kommen, damit keine Überbelastung entsteht. Das hat Bundesminister Bahr leider ausgesessen, die Bundesregierung hat es nicht umgesetzt. Hier haben wir kleine Bausteine, die in der Substanz nicht in die

richtige Richtung führen. Es gibt viele Punkte, die wir als Land nicht angehen können. Das, was möglich ist, machen wir an vielen Stellen und sind gerade in der Pflege erfolgreicher als viele andere Länder.

Der letzte Punkt, auf den ich eingehen möchte: Frau Schneider, der Nichtraucherschutz ist zwar nicht haushaltsrelevant, er muss aber immer wieder in Ihre Rede eingebaut werden. Sie haben ihn im Zusammenhang mit dem Thema „Komasaufen“ erwähnt und behauptet, dass wir da nichts machen würden. Schon zu Zeiten der schwarz-gelben Regierung war das Thema „Komasaufen“ im Landtag aktuell. Viele haben die Notwendigkeit gesehen, etwas zu tun. Deswegen habe ich in dem Bereich auch, seit ich im Amt bin, einiges gemacht.

In Nordrhein-Westfalen gibt es das Projekt „HaLT – Hart am Limit“; ich weiß nicht, ob Sie es kennen. Jugendliche, die wegen Komasaufens ins Krankenhaus eingeliefert werden, werden direkt dort aufgesucht und bekommen gemeinsam mit ihren Eltern eine Beratung. Wir erleben, dass diejenigen, die im „HaLT“-Programm sind, eigentlich nicht mehr rückfällig werden. Mit „Sucht hat immer eine Geschichte“ oder Kampagnen wie „bunt statt blau“ haben wir gleichzeitig eine Reihe von Präventionskonzepten. Wir sind sehr vielfältig unterwegs. An der Stelle macht Nordrhein-Westfalen mehr als viele andere. Daher ziehen wir uns nicht den Stiefel an, wir würden nichts tun.

Sie führen den Nichtraucherschutz immer als negatives Präventionsbeispiel an. Wenn Sie sehen, welche Auswirkungen der Nichtraucherschutz auf den Gesundheitszustand von Neugeborenen hat, wie wissenschaftliche Untersuchungen von Ländern, in denen er sukzessive eingeführt worden ist, zeigen, dann sollten Sie Ihre Haltung noch einmal ganz gründlich überdenken. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Steffens. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Yüksel das Wort.

Serdar Yüksel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schneider, ich möchte nahtlos da anschließen, wo die Ministerin gerade aufgehört hat. Wie man als Gesundheitspolitikerin glaubhaft über Gesundheitspolitik reden kann, wenn man den Nichtraucherschutz immer noch in Abrede stellt, ist mir nicht ersichtlich. Alle Untersuchungen aus dem wissenschaftlichen Bereich zeigen, dass da, wo der Nichtraucherschutz existiert, die Herz-Kreislauf-Erkrankungen und die Gefäßerkrankungen zurückgehen. Frau Ministerin hat noch andere Beispiele aufgeführt. Als Gesundheitspolitikerin der FDP müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir einen präventiven Ansatz in der

Gesundheitspolitik haben, und der Nichtraucher-schutz ist ein wichtiges Element dieses präventiven Charakters.

Liebe Frau Schneider, wenn Sie die Defizite der Gesundheitspolitik im Einzelplan 15 beschreiben wollen, dann dürfen Sie dabei nicht außer Acht lassen, dass Sie seit 2009 den Bundesgesundheitsminister stellen. Herr Rösler wollte als Gesundheitsminister das Jahr der Pflege ausrufen. Aus dem Jahr der Pflege wurde die Untätigkeit der Pflege. Das Erste, was er als Gesundheitsminister gemacht hat – wenn wir über Qualität im Gesundheitsbereich sprechen – war, den Chef des IQWiG, Prof. Sawicki, kalt abzuservieren und die Umkehr der Beweislast einzuführen. Nicht die Pharmahersteller müssen beweisen, dass ein Medikament wirkt, sondern diejenigen, die im Bundesausschuss sitzen, müssen beweisen, dass es eventuell nicht wirkt. Da sehen wir die Verantwortung des Bundesgesundheitsministers.

Schauen Sie sich die Pläne von Herrn Bahr an, liebe Frau Schneider. Erst musste er getrieben werden, Pflegeverbesserungen durchzusetzen. Mit seinem Modell, dem Pflege-Bahr, will er jetzt in die Privatisierung der Pflegeversicherung einsteigen. Das zeigt, dass Sie auf einem absoluten Holzweg sind, was die Gesundheitspolitik angeht.

(Beifall von der SPD – Christian Lindner [FDP]: Haben Sie nicht den Riester eingeführt?)

Lieber Herr Burkert, zu der PTA-Ausbildung – ich hatte das auch im Gesundheitsausschuss erwähnt –: Die PTA-Ausbildung wurde als einzige Ausbildung in Nordrhein-Westfalen staatlich querfinanziert. Keine andere duale Ausbildung wird vom Land finanziert. Es ist gerade den Apothekern zuzumuten – Frau Ministerin hat gerade die 24 € erwähnt, die es pro Apotheke in Nordrhein-Westfalen ausmachen würde, das sind zehn verkaufte Paracetamol-Packungen –, für den Nachwuchs zu sorgen, der nachher in den Apotheken gebraucht wird. Was wollen Sie dem Malermeister, dem Klempner oder anderen Handwerksberufen sagen, die keine staatliche Unterstützung für ihre Ausbildung bekommen? Das ist eine Ungleichheit, die Ihre Pläne nicht rechtfertigt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Burkert.

Serdar Yüksel (SPD): Bitte sehr, Herr Burkert.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Burkert.

Oskar Burkert (CDU): Sie sprachen gerade von der dualen Ausbildung der PTA. Ist Ihnen bekannt, dass es eine schulische und keine duale Ausbildung ist? Erst nachdem die schulische Ausbildung nach zwei Jahren abgeschlossen ist, gehen die Absolventinnen oder Teilabsolventinnen in das Praktikum in der Apotheke. Sie haben vorher noch nichts – per Vertrag oder dergleichen – mit einem Apotheker zu tun gehabt.

Serdar Yüksel (SPD): Ob sie in dualen Ausbildungen in Blocks in den Unterricht gehen oder nachher in den Unterricht gehen,

(Susanne Schneider [FDP]: Keine duale Ausbildung!)

sie haben die Ausbildung dann abgeschlossen, wenn sie die schulische Ausbildung und ihr Praktikum in der Apotheke gemacht haben.

(Ulrich Alda [FDP]: Keine Ahnung, nur Streichungen!)

Daher ist es nicht gerechtfertigt, hier weiter darauf zu pochen.

Der dritte Bereich, den ich erwähnen möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir sprechen überall von der demografischen Entwicklung. Wir werden immer älter. Das ist die größte Herausforderung, vor der wir in den nächsten Jahrzehnten stehen. Wenn Sie die Menschen fragen, ob sie im Alter selbstbestimmt weiterleben oder in eine stationäre Einrichtung möchten, sprich: in ein Pflegeheim, werden Ihnen die meisten in Ihrer Umgebung sagen: Ich möchte so lange wie möglich selbstbestimmt in meinem Quartier mit Unterstützungsleistungen leben.

Wir haben die Ausbildungskapazitäten in der Altenpflegeausbildung – das ist eine Erfolgsgeschichte, wenn man sich die Zahlen von 2009 und 2013 anschaut – fast verdoppelt. Das ist eine absolute Erfolgsgeschichte, die es in keinem anderen Bundesland gibt. Meines Erachtens müssen wir diesen Weg weiter beschreiten, weil die zukünftigen Bedarfe im Bereich der Pflege eher weiter zunehmen werden, nämlich nicht nur im Altenpflegebereich, sondern allgemein in den Gesundheitsberufen und im Krankenhaus. Ich denke da an die Kranken- und Gesundheitspflege, die in der nächsten Zeit ebenfalls Ausbildungskapazitäten wird vorhalten müssen, um dem Bedarf in den Krankenhäusern und aufgrund der demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen.

Deshalb meine ich, dass wir für die zukünftigen Herausforderungen in diesem Land gut gewappnet sind. Wir haben eine Gesundheitsministerin, die angefangen hat, aus der Sicht der Betroffenen, aus der Sicht der Patienten heraus zu denken. Daraus resultiert auch die Definition unserer Politik. Als rot-grüne Koalitionsparteien sind wir meines Erachtens hier in Nordrhein-Westfalen auf einem guten Wege;

wir haben keine Nachhilfe seitens der FDP oder der CDU nötig.

Wenn Sie dabei mithelfen, indem Sie noch bis September auf Ihre Bundespolitik einwirken, dann bin ich davon überzeugt, dass wir auch noch an denjenigen Stellen zu guten Ergebnissen kommen werden, an denen wir bislang und weiterhin Defizite aus der Berliner Ecke zu beklagen haben. – Danke sehr.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Yüksel. – Damit sind wir am Ende der Wortmeldungen zu diesem Teilbereich. Es liegen auch keine weiteren mehr vor.

Daher kommen wir zum

Teilbereich Emanzipation

Dazu rufe ich als Rednerin für die CDU-Fraktion Frau Kollegin van Dinther auf.

Regina van Dinther (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute den Landeshaushalt 2013. Meine Kolleginnen und Kollegen haben schon die Gelegenheit genutzt, den Gesamtblick auf das Land vorzutragen und herauszuarbeiten, was das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit fast allen anderen Bundesländern vor allem der jungen Generation antut.

Mehr als jemals zuvor ist momentan eine nachhaltige Finanzpolitik gefragt. In Zeiten, in denen Steuerquellen sprudeln, dennoch in diesem Jahr 3,5 Milliarden € mehr und im nächsten Jahr 3,3 Milliarden € mehr auszugeben als das Land einnimmt, ist wirklich unverantwortlich. Wenn im nächsten Jahr noch einmal 2,1 Milliarden € an Steuermehreinnahmen erwartet werden, dann geben Sie mal locker 5,4 Milliarden € mehr aus als Sie eigentlich dürfen. Etliche andere Länder in der Bundesrepublik Deutschland haben nicht nur angefangen, ihre Nettoneuverschuldung auf null zu bringen, sondern bereits begonnen, ihren Schuldenberg abzubauen. Unser Schuldenberg hingegen wächst und wächst und wächst. Meine Damen und Herren, das ist auch der Grund, warum die CDU-Fraktion die Einzelpläne, die wir heute beraten, ablehnen wird.

Der Haushaltsansatz für Emanzipation und Gleichstellung ist im Vergleich zu unserem letzten Haushalt in 2010 inzwischen nur noch 7 Millionen € höher. Aber von der Struktur her trifft auch hier zu, dass man eben nichts tun darf, was man nicht bezahlen und sich nicht leisten kann. Wir halten deshalb weiterhin an unserer Auffassung fest, dass wir die Neukonzipierung der Kompetenzzentren „Frau

und Beruf“ für verzichtbar halten. 2 Millionen € haben Sie dort selber gekürzt; wir würden noch einmal 3 Millionen € streichen.

Meine Damen und Herren, der Haushalt für Emanzipation und Gleichstellung ist traditionell aber selbstverständlich keiner, in dem die großen politischen Auseinandersetzungen stattfinden. Die Themen erfordern gerade im Gegenteil häufig eine klare Positionierung, innerhalb derer die Fraktionen über ihre Grenzen hinaus zusammenhalten müssen.

So ist zum Beispiel bei der Bekämpfung der Gewalt alles zu unternehmen, um Opfer zu schützen, sie zu betreuen und zu begleiten sowie Täter zu ächten. In unserem Land gibt es dazu ein gut ausgebautes Netz an Frauenhäusern, Frauenberatungsstellen und Hilfen in speziellen Lagen, beispielsweise bei sexualisierter Gewalt, für Opfer von Menschenhandel oder von Zwangsprostitution. Begleitende Gesetze, zum Beispiel die zur Möglichkeit der Wohnungsverweisung des Täters und zu der Sicherstellung, dass häusliche Gewalt in jedem Fall angezeigt wird, haben inzwischen ihre Wirkung gezeigt. An dieser Stelle möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in diesen schwierigen Bereichen ihre Arbeit tun, unseren Dank aussprechen.

Wir werden aber auch in diesem Jahr über wichtige Weiterentwicklungen diskutieren. Das Landesgleichstellungsgesetz soll reformiert werden. Somit werden wir auch über die Instrumente reden, wie der öffentliche Dienst nicht nur hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter Vorreiter sein kann, sondern auch bei den Modellen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Anstrengungen der letzten Jahre haben zwar einen sehr starken weiblichen Mittelbau im öffentlichen Dienst ergeben. Aber bei der Besetzung von Führungspositionen durch Frauen ist aus unserer Sicht noch sehr viel zu tun.

Ich erwarte ebenfalls in diesem Jahr noch eine Debatte über das Prostitutionsgesetz. Der in unserem Land arbeitende Runde Tisch „Prostitution“ ist sicherlich ein erster richtiger Schritt. Aber das Instrumentarium gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution muss greifen können und darf nicht zum Selbstbestimmungsrecht emanzipierter Prostituierter in Konkurrenz gestellt bleiben. Die Signale aus unseren Städten sind besorgniserregend, und auch hier müssen Opfer und Täter sich sozusagen auf unseren Rechtsstaat verlassen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch bei der Gleichstellung und der Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt werden wir in diesem Jahr Veränderungen erleben. Einig sind wir uns beim respektvollen Umgang. Um die Einzelheiten der Gleichstellung selber wird aber noch gerungen; Sie alle kriegen das mit. Aber es tut sich etwas, und am Ende des Jahres werden viele Betroffene mit dem zufrieden sein, was sich bis dahin verändert haben

wird, worauf viele Menschen gewartet haben werden.

Die CDU-Fraktion, meine Damen und Herren, will sich konstruktiv und verantwortungsvoll einbringen und die Mühe nicht scheuen, Anträge einzubringen, die einen verfassungsgemäßen, zukunftsfähigen Landeshaushalt zum Ziel haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau van Dinther. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Frau Kieninger.

Gerda Kieninger (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Anteil des Haushaltsansatzes im Bereich Frauen, Gleichstellung und Emanzipation am Gesamtvolumen der Mittel im Einzelplan 15 beträgt gerade einmal 2,5 %. Trotz dieser minimalen Mittel für den genannten Bereich können wir bei den von uns gesetzten Schwerpunkten wesentliche Verbesserungen erreichen.

In der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen können wir im Bereich Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und Notrufe das Niveau halten und haben wir auch weiterhin die zweite Fachstelle in den Frauenhäusern. Dafür sind diese Frauenhäuser uns dankbar, Frau van Dinther. Wenn Sie den Dank an die Belegschaft richten, dann vergessen Sie dabei nicht, dass Sie diese Stelle gestrichen hatten!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Es ist gut so, dass die Stelle wieder da ist; denn die Anforderungen in den Frauenhäusern steigen kontinuierlich.

Fraugerechte Gesundheitspolitik ist für uns keine Floskel. Mit der Wiedereinrichtung des „Kompetenzzentrums Frauen und Gesundheit NRW“ auf dem Gesundheitscampus und in der „Landeskoordinierungsstelle Frauen und Sucht“ wird der Geschlechteransatz unserer Gesundheitspolitik noch einmal deutlich untermauert. Auch das haben Sie aus geschlechterpolitischer Sicht seinerzeit unterbunden.

Ein wichtiges Ziel ist für uns die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes. Dazu brauchen wir fachliche und rechtliche Prüfungen, welche die Landesregierung mit einem Gutachten hinterlegen wird. Dafür sind Mittel im Landeshaushalt festgelegt. Mit dem Landesgleichstellungsgesetz müssen wir als Land deutlich machen, dass Frauen in Führungspositionen nicht nur in der Wirtschaft gefordert werden, sondern in allen Bereichen unseres Lebens, so auch im Bereich des öffentlichen Dienstes. Der Bericht zum LGG hat uns gezeigt, dass die Frauenförderpläne in unserem Lande an vielen Stellen gar

nicht weiter fortgeschrieben werden. Daher müssen wir auch über Sanktionen nachdenken, wenn wir das Gesetz überarbeiten. Ich hoffe, das Gutachten wird uns wertvolle Hinweise geben.

Vor einigen Wochen hatte das Kompetenzzentrum Dortmund-Unna zur Auftaktveranstaltung des Unternehmerinnen-Netzwerkes „DONNA“ eingeladen. Außer mir nahmen 240 weitere hochmotivierte Frauen mit dem Ziel teil, die Frauennetzwerke mühsam wieder neu zu knüpfen, welche während der gelb-schwarzen Regierungszeit zerstört wurden. Schwarz-Gelb ist in meiner Heimatstadt nämlich positiv belegt. Das werden wir heute Abend auch noch einmal unter Beweis stellen.

Die Beratung der Kompetenzzentren und die Vernetzung mit den Kammern, mit den Arbeitsagenturen und mit den Wirtschaftsunternehmen machen die unterschiedlichen Potenziale deutlich, neue Arbeitsmarktmodelle zu entwickeln, die der Vereinbarkeit von Familie und Beruf näher kommen und die Berufswahlorientierung unterstützen.

Die Kürzung um 2 Millionen € ergibt sich, nachdem jetzt der komplette Förderbedarf der Kompetenzzentren abgebildet werden kann. Die CDU fordert eine weitere Kürzung um 3 Millionen €. Das würde die Kompetenzzentren allerdings wieder vollends infrage stellen. Das wollen Sie so. Das haben Sie seinerzeit so gewollt. Die FDP hat es auch im Ausschuss gefordert. Wir aber machen eine andere Politik. Für uns ist berufliche Gleichstellung von Frauen ein wichtiges Thema.

Ähnlich sieht es mit Ihrem Änderungsantrag zur Gleichstellung an Hochschulen aus. Ich frage mich, warum in Ihrem Antrag nicht deutlich steht, was Sie eigentlich fordern. Sie schreiben in Ihrem Antrag nur: Der Landesanteil am Professorinnenprogramm wird dabei ebenso wenig angetastet wie die Mittel aus dem Fonds zur Erneuerung der wissenschaftlichen Infrastruktur. – Aber was wird denn dann angetastet? Nach Ihren Forderungen sollen die Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten, das „Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung“ und die Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten eingestellt werden. Sagen Sie in Ihren Anträgen doch deutlich, was Sie wollen, damit die Menschen wissen, dass Gleichstellungspolitik für Sie kein Thema ist. Das zeigt aber auch Ihr Handeln. Ich nenne nur das Betreuungsgeld, im Volksmund Herdprämie genannt.

Wir setzen den Aktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und gleichgeschlechtlicher Vielfalt, gegen Homophobie und Transphobie fort. Wir unterstützen damit die Weiterentwicklung der Arbeit in den Verbänden, Beratungsstellen und in den Projekten. Unsere Kampagne „anders und gleich“ ist wichtig und wertvoll. Das zeigt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, homosexuellen Lebenspartnerschaften ein Recht auf Sukzessivadoption zu ermöglichen. Dem muss aber auch folgen,

dass Lebenspartnerschaften anerkannt werden. Da zeigt sich Handlungsbedarf.

Dazu gibt es Meinungsverschiedenheiten in der CDU. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten den Kommentar der „WAZ“ vom 25. Februar 2013:

„Merkel-CDU häutet sich in einem Tempo, dass einem fast schwindelig wird. Wehrpflicht? Brauchen wir nicht mehr. Atomkraft? Nein, danke! Hausfrau und Mutter? Ein Rollenbild von gestern. Hauptschule? Ein Auslaufmodell. Studiengebühren? Geschenkt. Mindestlohn? Ja, aber. Und jetzt auch noch: die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben, die Homo-Ehe.“

Entscheiden Sie sich mal endlich für einen Kurs und drehen Sie sich nicht wie ein Fähnchen im Winde, um auf Wählerstimmenjagd für die anstehende Bundestagswahl zu gehen. Wir sind seit 150 Jahren klar positioniert. Im Bereich Frauen, Gleichstellung und Emanzipation machen wir das mit unserem Haushalt deutlich. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Frau Kieninger. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Frau Schneider.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wird Sie sicher nicht verwundern, dass Sie von der FDP-Landtagsfraktion für diesen Haushaltsentwurf kein großes Lob erhalten werden. Das sage ich auch vor dem Hintergrund, dass wir eine gewisse „Sparanstrengung“ bemerkt haben könnten. Ich setze das Wort Sparanstrengung insoweit lieber in Anführungszeichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nun einmal so: Von einer Einsparung kann man nur reden, wenn man effektiv weniger ausgibt als vorher. – Das entscheidende Wort hierbei ist „effektiv“. Wir stellen fest, die Landesregierung hat den Ansatz für die Förderung der regionalen Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ und deren Koordinierungsstelle von 7 Millionen € um 2 Millionen € auf 5 Millionen € reduziert. Das könnte man auch positiv kommentieren.

Aber jetzt erst hat die Landesregierung den Mittelbedarf überhaupt geprüft. Auf der einen Seite geschieht dies besser spät als nie. Auf der anderen Seite ist es ein deutliches Zeichen dafür, wie konzeptlos man an die ganze Sache herangegangen ist, nur um die alten und überflüssigen Regionalstellen wieder einzuführen.

(Ministerin Barbara Steffens: Quatsch!)

Effektives Sparen sieht anders aus, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Dies ist vor allem vor

dem Hintergrund der knappen Finanzmittel zu sehen, die für den Gewaltschutzbereich zur Verfügung stehen. Allein mit den 2 Millionen € hätte man sicherlich im Bereich der Gewalt gegen Frauen und Mädchen unglaublich viel erreichen können.

(Beifall von der FDP)

Aber dazu ist es zu spät, da Sie Ihre Leuchtturmprojekte leider nicht verringern möchten. Es werden zwar eindeutige Prioritäten gesetzt, aber die falschen. Leider geht so die Imagepflege der rot-grünen Landesregierung zulasten der ernsthaften Probleme in unserem Land.

Ein weiteres Beispiel für Ihre ineffektive Haushaltsführung im Bereich der Emanzipationspolitik ist – ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag –: „Wir wollen keine Zwei-Klassen-Medizin ...“

Genau das Gegenteil ist der Fall. Sobald Sie auf die Ebene der Emanzipationspolitik kommen, sehen Sie immer nur den Bedarf an gesundheitsrelevanten Einrichtungen für Frauen, beispielsweise die Koordinierungsstelle Frauen und Gesundheit. Etwas Vergleichbares gibt es für Männer nicht, nachdem Sie es nicht nur einmal von Experten gehört haben, obwohl gerade hier vor allem in der Suchtberatung viel Nachholbedarf besteht.

(Beifall von der FDP)

Aber das scheint nicht in Ihr Weltbild zu passen, dass auch Männer mal zum schwachen Geschlecht gehören. Sie machen sich damit – ich spreche die Kolleginnen aus der Regierungskoalition direkt an – selbst zum Opfer, wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf. Darüber sollten Sie nachdenken. Sie drücken den Frauen in diesem Land und damit auch sich selbst einen Stempel auf: Seht her, ihr seid in allen Bereichen eures Lebens so viel schwächer, dass ihr für alles Hilfe braucht. Männer brauchen das nicht.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Entschuldigung, Frau Abgeordnete. Würden Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kopp-Herr zulassen?

Susanne Schneider (FDP): Lieber nachher, Herr Präsident.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nachher ist vorbei!)

Das ist eine Einstellung, die wir Liberale nicht mit Ihnen teilen können. Für uns gibt es diese Scheuklappe nicht. Für uns zählt, dort Hilfe zu leisten, wo sie angebracht ist. Das ist in diesem Fall gerade nicht der Bereich, der die Frauengesundheit abdeckt. Es gilt, die guten Strukturen zu erhalten. Aber überflüssige Strukturen zulasten einer geschlechtergerechten Grundversorgung aufzubauen, hat mit einer soliden, effizienten Haushaltsführung rein gar nichts zu tun.

(Beifall von der FDP)

Sie arbeiten demnach de facto nicht gegen die Zwei-Klassen-Medizin, Sie bauen sie mit Ihrer Politik geradezu immer weiter aus.

Wenn Sie schon in diesem Bereich tätig werden wollen, schauen Sie eher auf die Situation der von Gewalt betroffenen Frauen. Hier fehlt es bereits an ganz anderen Stellen. Der finanzielle Bedarf für die Beweismittelsicherung im Falle von Gewaltdelikten gegen Frauen und Mädchen liegt gänzlich im Argen, wie ich erst in der vergangenen Woche noch einmal bei einem Besuch in der Rechtsmedizin bestätigt sehen musste. Hier hilft der Umstand nicht, dass Sie eine Doppelstruktur nach der anderen aufbauen und mit einem Leuchtturmprojekt nach dem anderen Geld zum Fenster hinauswerfen.

Das, was Sie uns als Sparanstrengungen unterjubeln wollen, ist nichts weiter als Makulatur. Es bestätigt einmal mehr, wie undurchdacht und konzeptlos, dafür aber ideologiegetrieben Ihre Haushaltsführung bisher war und immer noch ist.

Mit anderen Worten: Von der FDP-Landtagsfraktion werden Sie für diesen Haushalt keine Zustimmung erhalten. Wir lehnen solche Unverantwortlichkeiten ab. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Frau Kollegin. – Frau Kollegin, bevor Sie davonestürmen, Sie hatten in Aussicht gestellt, die Frage von Frau Kollegin Kopp-Herr eventuell noch zu beantworten. – Also: bilateral. Vielen Dank.

Damit darf ich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Paul das Wort erteilen.

Josefine Paul (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen. Frau Schneider, das war ein ganz bemerkenswerter Blindflug durch die Frauen- und Gleichstellungspolitik

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

ohne jede konkrete Idee und offensichtlich auch ohne jede konkrete Antwort. Mich hätte nicht nur die Zwischenfrage, sondern auch Ihre Antwort interessiert. Vielleicht wäre irgendetwas Erhellendes dabei gewesen, was Sie uns eigentlich hätten erzählen wollen. Sie sind uns die Antwort leider schuldig geblieben. Ich hoffe weiter, dass wir vielleicht an der einen oder anderen Stelle im Ausschuss noch einiges zu Ihren Ausführungen hören werden. Vielleicht wird es dann verständlicher.

Während Sie die ganze Zeit von Effizienz sprechen, würde ich das Pferd anders aufzäumen wollen. Emanzipation ist ein zentraler Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, und ein Haushalt für Emanzipation, Frauen und Gleichstellung ist kein Sparschwein.

Aber das scheint bei der FDP eher noch nicht angekommen zu sein.

Wenn Sie sich aber die Schwerpunkte für das Haushaltsjahr 2013 anschauen, wie sie im Haushaltsentwurf vorgelegt werden, werden Sie unsere Einstellung, nämlich soziale Gerechtigkeit vor neoliberaler Effizienz, dort abgebildet finden. Rot-Grün übernimmt Verantwortung für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, setzt Schwerpunkte für die Förderung und Verbesserung der Arbeitsmarkt-beteiligung von Frauen und engagiert sich weiterhin konsequent für den Abbau von Homo- und Transphobie in Nordrhein-Westfalen,

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

um nur drei Bereiche exemplarisch zu nennen.

Dieser Haushaltsentwurf macht deutlich, Frauen, Mädchen und die LSBTTI-Community in diesem Land können sich auf Rot und Grün verlassen.

(Beifall von der FDP)

Natürlich haben die Konsolidierungsnotwendigkeiten im Haushalt – auch darauf will ich eingehen – ebenfalls Auswirkungen auf den Bereich der Emanzipation. Aber, Frau Schneider, emanzipatorische Haushaltspolitik bedeutet Konsolidierung mit Augenmaß und Verantwortung. Das lassen Sie mit Ihren Einlassungen aus meiner Sicht konsequent außer Acht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Damit möchte ich auf Ihr Lieblingsthema eingehen. Dieser Haushaltsentwurf weist eine Absenkung des Mittelansatzes für die Kompetenzzentren Frau und Beruf von 2 Millionen € aus, nicht etwa, weil wir von der Wichtigkeit nicht mehr überzeugt wären. Nein, wir haben den Ansatz gekürzt, um ihn den realen Bedarfen anzupassen, die nun erhoben sind.

Ist es denn nicht auch aus Ihrer Sicht verantwortliche Haushaltspolitik zu sagen: Da die Bedarfe geringer sind als der vorherige Ansatz, reagieren wir und kürzen ihn um die überschüssigen 2 Millionen €? Aber das befriedigt Ihre Ansätze trotzdem nicht. Ohne Sinn und Verstand würden Sie wahrscheinlich der CDU hinterherrennen, die die Strukturen komplett weghauen will.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sind da anderer Meinung. Die 15 gestarteten Kompetenzzentren tragen dazu bei, regionale Kräfte für die Verbesserung beruflicher Chancen von Frauen zu stärken und zu vernetzen. Sie bündeln und aktivieren die Potenziale und Ressourcen in den Regionen und sind ein anerkannter Kooperationspartner vor Ort.

Wenn Sie sich die Vielzahl der Trägerstrukturen dieser Kompetenzzentren anschauen, werden Sie finden – Alleinstellungsmerkmal, aufgepasst! –: FDP und CDU sind auch weiterhin die Einzigen, die den

Nutzen und die Notwendigkeit dieser Kompetenzzentren nicht erkennen. Ob ich dieses Alleinstellungsmerkmal an Ihrer Stelle gerne hätte, lasse ich mal dahingestellt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch permanente politische Enttäuschung kann eine Form von Verlässlichkeit darstellen. Darauf kann man sich zumindest bei der CDU aus emanzipationspolitischer Sicht konsequent verlassen. Frauen und Mädchen in Nordrhein-Westfalen wissen schon seit Jahren, woran sie mit der CDU sind.

Schwarz-Gelb hat während ihres kurzen Regierungsintermezzos nicht nur die zweite Fachkraftstelle bei den Frauenhäusern gestrichen und damit viele Frauen in Not im wahrsten Sinne des Wortes vor der Tür stehen lassen, Sie waren es auch, die die Regionalstellen gestrichen haben und damit die berufliche Gleichstellung in Nordrhein-Westfalen torpediert haben.

Jetzt kommt die CDU mit dem alten aufgewärmten Vorschlag wieder um die Ecke, stellt einen Antrag und will qua Mittelentzug den Kompetenzzentren wieder den Boden unter den Füßen wegziehen. Auf die Unterstützung der FDP – das haben wir gerade gehört – können Sie sich dabei wahrscheinlich verlassen. Wir sehen, Leihstimmen funktioniert bei Schwarz-Gelb auch in die andere Richtung. Das ist doch schön.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Kollegin, entschuldigen Sie. Würden Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schneider zulassen?

Josefine Paul (GRÜNE): Frau Schneider, anders als Sie bin ich gern bereit, auch von hier vorn mit Ihnen in den Diskurs zu treten.

Susanne Schneider (FDP): Frau Paul, vielen Dank. – Frau Paul, Sie argumentierten gerade mit den Frauenhäusern, dass dort die Frauen vor den Türen hätten stehen müssen. Gibt es dafür verlässliche Zahlen und, wenn ja, welche?

Josefine Paul (GRÜNE): Selbstverständlich gibt es dafür verlässliche Zahlen. Die Zahlen im Detail müssen Sie beim MGEPA abfragen. Aber es gibt auch heute noch die sogenannte Ampel, die uns zeigt, wie die Belegungszahlen bei den Frauenhäusern sind.

Gehen Sie doch einmal in die einzelnen Frauenhäuser und fragen Sie konkret nach, wie sich die Situation vor Ort verbessert hat dadurch, dass wir die zweite Fachkraftstelle konsequent wieder eingeführt haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Aber wollen wir uns noch kurz einem anderen Thema zuwenden. Ich bin froh, dass Nordrhein-Westfalen in punkto Antidiskriminierungspolitik – Herr Lindner, da würde ich mich nicht zu weit aus dem Fenster lehnen –,

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Gleichstellung im Kampf gegen Homo- und Transphobie mittlerweile eine Vorreiterinnenrolle einnimmt. Das kann man von Berlin nicht gerade behaupten. Da lässt man sich konsequent von Gerichten treiben.

Dieser Haushaltsentwurf bildet die Grundlage für die sukzessive Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Homo- und Transphobie. Während die CDU auf allen Ebenen offensichtlich weiter darüber streiten muss, ob man trotz wahrer Niederlagenfluten beim Bundesverfassungsgericht irgendwie die Diskriminierung von Lebenspartnerschaften als konservativen Markenkern weiter erhalten kann, nehmen wir gesellschaftspolitische Fragen konsequent in den Blick.

Ich habe nur noch einen kleinen Hinweis für Sie. Ein konkretes Projekt aus diesem Landesaktionsplan ist beispielsweise das Schulaufklärungsprojekt „SchLAU NRW“. Ich bin mir ganz sicher, dass die engagierten jungen Leute aus diesem Projekt auch einmal sehr gern in die CDU-Fraktion kommen würden, um bei Ihnen die Berührungspunkte mit dieser gesellschaftlichen Realität zu besprechen und zu bearbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Piratenfraktion spricht nun Herr Kollege Olejak. Bitte.

Marc Olejak (PIRATEN): Liebe Lesben, liebe Schwule, liebe Bisexuelle, TransSternchen, kurz gesagt: liebe Eichhörnchen! Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Stream!

(Lachen von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Ich möchte kurz auf eines hinweisen: Aus Sicht der Piraten ist die Gleichstellung in der Gesellschaft exemplarisch in diesem Haushalt für den Bereich der Emanzipation mit 3,72 % angegeben. Insgesamt 15,6 Millionen € wenden wir zum Schutz und zur Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen auf. Dieses Geld ist nötig, aber ich finde es sehr erschreckend.

Eine Verschiebung hin zu mehr Gleichstellung in der Gesellschaft von knapp 800.000 €, die wir hier veranschlagen, wäre vielleicht für die ganze Gesellschaft ganz gut, indem man schaut, inwieweit man Gelder in der Bildung freimachen kann, damit die

kommende Generation von jungen Männern nicht zu Frauen misshandelnden, schlagenden, prügeln- den Arschlöchern wird. Ich bitte um Verzeihung.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch darauf hinweisen, dass ich seit heute Vormittag nicht verstehen kann, wenn einer sagt, Gender und Diversity seien Spielwiesen, die keiner verstehen kann. Wer das sagt, der spielt, glaube ich, auch immer noch mit Steintafeln. Ich weiß es nicht.

Aus Sicht der Piraten ist in dieser Hinsicht dieser Haushalt zu verabschieden. – Vielen Dank. Ich möchte Ihre Zeit nicht weiter in Anspruch nehmen.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Steffens das Wort.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte in den letzten Wochen um die Abweisung von Frauen in Kölner Krankenhäusern hat noch einmal gezeigt, wie wichtig dieses Thema ist und wie häufig und wie deutlich wir über Gewalt gegen Frauen und über Konzepte dagegen reden müssen.

Ich finde, dass diese Diskussion viele andere Diskussionen zur Folge haben muss. Frau Schneider, Sie haben eben einen Punkt genannt, nämlich die Frage: Wie gehen wir mit der anonymen Spurensicherung um? Darüber zu diskutieren, ist ein wichtiges Anliegen. Schaffen wir Möglichkeiten dafür, dass Frauen in dieser Gesellschaft, wenn sie Gewalt erfahren, auch in einem Moment, in dem sie unter Schock stehen, anonym Spuren sichern lassen können, ohne direkt eine Anzeige tätigen zu wollen? Schaffen wir es in einem Rechtsstaat, das zu finanzieren, das auszuhalten? Das ist schwierig. Denn Kostenträger gibt es dafür nicht. Weder Polizei noch Justiz können die Sachen, die sie gern übernehmen würden, übernehmen. Also müssen wir Lösungen dafür finden.

Ich finde es spannend, wenn gerade Sie sich dafür öffnen. Denn in der Vergangenheit habe ich gerade bei solchen Themen nicht unbedingt immer eine breite Unterstützung der Oppositionsfractionen wahrgenommen.

Gerade im Bereich „Gewalt gegen Frauen“ – das hat auch Frau Paul gesagt – haben Sie in Ihrer Regierungszeit nicht nur die zweite Fachkraftstelle in den Frauenhäusern abgebaut, sondern haben auch an vielen anderen Stellen notwendige Diskussionen nicht geführt und nicht vorangebracht.

Ich freue mich auch darüber, dass Sie das Thema „Männergesundheit“ in den Raum stellen. Ich bin gespannt, mit welchen Haushaltsanträgen Sie zusätzliche Stellen, zusätzliche Kompetenzen dafür

schaffen, damit man in einem breiten Umfang Bedarfe und Notwendigkeiten sehen, die Männer über das hinaus haben, was wir schon haben mit der Genderfachstelle im Suchtbereich bzw. mit den Gender-Konzepten, die wir jetzt entwickeln. Nur: Tun Sie an der Stelle nicht so, als ob Sie es nicht genau wüssten. Wir reden über einen Frauenetat, über eine Frauenabteilung, und wir reden gerade über den Haushalt des Bereichs „Emanzipation“, der auch den Bereich der Homosexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen umfasst. Wir haben bisher im Land Nordrhein-Westfalen kein Ressort, keine Abteilung, die eine Männerabteilung ist. Sie haben es zu Ihrer Regierungszeit versäumt, als Männerministerium vielleicht einen zusätzlichen Bereich einzurichten.

Das heißt aber für uns nicht, dass wir nicht in den entsprechenden Bereichen wie im Gesundheitsbereich natürlich mit einem Gender-Konzept an alle gesundheitspolitischen Dinge herangehen.

Trotzdem müssen wir natürlich an der Stelle die Defizite, die wir im heutigen System haben, beseitigen. Das wissen Sie ja auch, denn dazu hat gerade eben die Kollegin versucht, eine Zwischenfrage zu stellen, hat es dann aber bilateral geklärt.

Sie wissen genau, dass wir im Gesundheitssystem nach wie vor bei vielen Krankheiten, bei vielen Symptomen, die Männersymptome im Vordergrund der gesellschaftlichen Diskussion haben und dass viele gar nicht wissen, dass Frauen anders krank werden und wie die Symptome entstehen. Deswegen haben wir an vielen Stellen das Problem, dass Frauenerkrankungen nicht gesehen werden. Es ist dann mit Folgekosten oder sogar mit Folgen bis hin zum Tod zu rechnen, weil die Krankheiten nicht erkannt werden.

Ich möchte aber auch auf den zweiten Bereich eingehen, den Sie ... – Es ist zu laut.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich um Aufmerksamkeit für die Rednerin bitten? – Bitte schön, Frau Ministerin.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herzlichen Dank. – Ich möchte auf den zweiten Bereich eingehen, den Sie immer wieder in den Raum stellen, weil es auch da so zu sein scheint – dass das, was die Kompetenzzentren leisten, immer noch nicht bei Ihnen angekommen ist.

Ich möchte mit dem, was Frau van Dinther eben gesagt hat, beginnen. Wir wollen nicht bezahlen, und wir wollen und können auch nicht bezahlen, was wir uns nicht leisten können. Das heißt, wir können uns in dieser Gesellschaft die Arbeitslosigkeit von Frauen und die Nichterwerbstätigkeit von Frauen nicht leisten. Genau deswegen haben wir die Kompetenzzentren, die keine Neuaufgabe der

alten Strukturen sind, sondern die neue Strukturen sind, die ganz klar nicht die Funktionen und die Aufgaben der individuellen Beratung haben, sondern die Aufgabe haben, die Strukturen und die Institutionen zu beraten. Diese Strukturen haben wir geschaffen, um die Kompetenzen von Frauen – auch vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels – frühzeitig in der Gesellschaft anders zu implementieren.

Frau Paul hat es eben gesagt: Die hohe Akzeptanz der regionalen Akteure und Akteurinnen ist deutlich. Wir haben mehr als 300 Letters of Intent von den unterschiedlichen Akteuren, die diese Kompetenzzentren für notwendig halten. Sie setzen doch sonst, wie Sie eben gesagt haben, darauf, dass wir wirklich auch ganz klar die Akteurinnen einbeziehen und auf sie hören. Das haben wir an der Stelle getan.

Die Mittel, die wir dort einsparen, sind Mittel, die wir nicht verausgaben müssen, weil wir ein Konzept gemacht haben, das auch der Haushaltslage gerecht wird, bei dem wir nicht hingegangen sind und gesagt haben, uns stehen mehr Mittel zur Verfügung, und die geben wir auch alle aus. Wir haben vielmehr mit dem, was notwendig ist, die Strukturen aufgebaut. Ich finde, dass das Anerkennung benötigt, statt hinzugehen und zu sagen, man hat sich irgendwie verplant. Das haben wir nicht, sondern sind mit den Mitteln einfach sorgfältig umgegangen.

Letzter Punkt: Natürlich hätte ich gerne noch etwas zu dem Aktionsplan „Homophobie“ an der Stelle gesagt. Aber das größte und das wichtigste, was in dem Bereich jetzt passieren kann, ist, dass sich die CDU auf den Weg machen muss und dass sie auf Bundesebene die Ehe an der Stelle wirklich auch für andere öffnen und anerkennen muss. Ich denke, es wäre ein gutes Zeichen und ein besseres Zeichen als jeder Aktionsplan, wenn die CDU das machen würde, bevor sie von Gerichten dazu gezwungen wird. Das wäre ein Zeichen zur wirklichen Gleichstellung. Meines Erachtens kann sich in Nordrhein-Westfalen die CDU gut auf diesen Weg machen. Es wäre für die Menschen in Nordrhein-Westfalen, die anders leben, aber gleich sind wie wir, wichtig. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen zu diesem Teilbereich des Einzelplans liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung zu Einzelplan 15, und wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan.

Der Haushalts- und Finanzausschuss, liebe Kolleginnen und Kollegen, empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2115**, den Einzelplan 15 unverändert anzunehmen. Die Piratenfraktion hat gerade gemäß § 41 unserer Geschäftsordnung eine getrennte Abstimmung über die Teilbe-

reiche „Gesundheit, Pflege und Alter“ und „Emanzipation“ des Einzelplans beantragt. So werden wir in **Einzelabstimmung** verfahren.

Ich stelle also zunächst zur Abstimmung den **Teilbereich „Gesundheit, Pflege und Alter“** und darf Sie bitten, mit Ihrem Handzeichen zu dokumentieren, wenn Sie diesem Teilbereich zustimmen wollen. Wer möchte diesem Teilbereich des Einzelplans 15 zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann stelle ich fest, dass der Teilbereich „Gesundheit, Pflege und Alter“ des Einzelplans 15 in zweiter Lesung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piratenfraktion **angenommen** worden ist.

Wir kommen zur Abstimmung des **Teilbereichs „Emanzipation“** des Einzelplans 15. Wer diesem Teilbereich zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass auch dieser Teilbereich des Einzelplans 15 in zweiter Lesung mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen** worden ist.

Wir kommen damit zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 15 mit den beiden genannten Teilbereichen. Wer möchte dem Einzelplan 15 gemäß der Beschlussempfehlung in seiner Gesamtheit seine Zustimmung verleihen? Den darf ich um das Handzeichen bitten. – Wer stimmt gegen den Einzelplan? – Wer enthält sich? – Dann stelle ich fest, dass der **Einzelplan 15** in zweiter Lesung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piratenfraktion **angenommen** worden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zum

Einzelplan 13 Landesrechnungshof

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2113. Eine Debatte ist zu diesem Einzelplan nicht vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung über den Einzelplan 13 kommen können.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2113** den Einzelplan unverändert anzunehmen. Ich darf fragen, wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 13** mit den Stimmen aller im Landtag vertretenen Fraktionen in zweiter Lesung einstimmig **verabschiedet**.

Wir kommen zu: